Bericht zur Asylproblematik

Stand: 31.03.2016

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Beigeordneter, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
auch zur heutigen Sitzung des Kreistages möchte ich Ihnen wieder einen Bericht darüber abgeben, wie der aktuelle Stand der Flüchtlingsunterbringung und -integration im Vogtlandkreis ist.

Im Zeitraum von Anfang Januar bis Ende März 2016 sind dem Vogtlandkreis 405 Asylbewerber zugewiesen worden. Für den April sind weitere 74 Zuweisungen angekündigt. Die Zahl der Zuweisungen ist damit in diesem Jahr von Monat zu Monat zurückgegangen.

Aktuell sind im Vogtland 2.338 Asylbewerber registriert. Hinzu kommen 140 unbegleitete minderjährige Ausländer, sogenannte umA's.

Wie es mit den Zuweisungen ab Mai weiter geht, ist uns bislang nicht bekannt. Wir gehen davon aus, dass wir in der kommenden Woche aktuelle Zahlen erhalten, wir gehen aber auch davon aus, dass die Zahl der Zuweisungen nicht steigen wird.

Zwischenzeitlich arbeitet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die gestellten Asylanträge deutlich zügiger ab, als dies noch im vorigen Jahr der Fall war. Auf der einen Seite ist dies schön, weil damit ein zügiges Verfahren einschließlich Registrierung und Gesundheitsuntersuchung erreicht wird. Auf der anderen Seite ergeben sich daraus für den Vogtlandkreis aber neue Probleme.

Mit der Anerkennung als Flüchtling wechselt der Asylbewerber von der Zuständigkeit des Landratsamtes in die Zuständigkeit des Jobcenters. Dort hat er alle Rechte und Pflichten wie ein deutscher Hartz-4-Empfänger auch. Er darf bzw. hat, wenn er eine bislang vom Landkreis angemietete Wohnung genutzt hat, sich selbst eine Wohnung zu suchen. Dies passiert aber nur sehr schleppend, teilweise auch gar nicht.

Mittlerweile gibt es über 200 vom Landratsamt angemietete Plätze in Wohnungen, die durch anerkannte Asylbewerber belegt sind und die aus diesen Wohnungen ausziehen müssten.

Wir steuern dieser Problematik inzwischen dahingehend gegen, dass zugewiesene Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive noch in der Zuständigkeit des Landratsamtes Mietverträge direkt mit Vermietern abschließen und dass anerkannte Asylbewerber in bestehende Mietverträge eintreten und so in der bislang genutzten Wohnung verbleiben können.

Wir versuchen auf diese Art flexibel auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren.

Der Bestand der vom Landratsamt angemieteten Wohnungen wird damit zwar geringer, auf Grund der zurückgehenden Zuweisungszahlen erscheint dies jedoch vertretbar. Sollten die Zuweisungszahlen in den nächsten Monaten allerdings

signifikant steigen, muss diese Herangehensweise überdacht und ggf. geändert werden.

Im Jobcenter sind aktuell 455 anerkannte Asylbewerber gemeldet. Um diesen Übergang geordnet durchführen zu können, haben wir innerhalb der Ausländerbehörde eine Arbeitsgruppe gebildet, die diesen Übergang begleitet. Das Problem der eigenen Wohnungssuche habe ich bereits angesprochen, das noch größere Problem allerdings ist die fehlende deutsche Sprache.

Und nur mit einem angemessenen Sprachniveau wird eine Integration gelingen.

Wir haben deshalb gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK, der Handwerkskammer, der Sächs. Bildungsagentur und mittlerweile 13 Bildungsträgern Modelle entwickelt, wie die Integration gelingen kann. Kern wird es dabei sein, die Asylbewerber zur Teilnahme an Integrationskursen zu verpflichten und die Verpflichtung ggf. auch durch Sanktionierungen durchzusetzen.

So einfach, wie sich das auf den ersten Blick anhört, ist es aber nicht. Das Landratsamt wollte mit der Organisation sogenannte Bildungskoordinatoren beauftragen, die zu 100 % durch den Bund gefördert werden würden. „Würden“ deshalb, weil wir auf unseren Mitte Februar gestellten Förderantrag zwischenzeitlich zwar eine Eingangsbestätigung erhalten haben, das war es dann bislang aber auch.

Ein nächstes Problem sind nur eingeschränkt zur Verfügung stehende Lehrkräfte, die die vom BAMF an diese Lehrkräfte gestellten Anforderungen erfüllen.

Gemeinsam mit den Bildungsträgern haben wir es aber trotzdem geschafft, dass zwischenzeitlich 9 Integrationskurse laufen. Weitere 8 Integrationskurse werden in den nächsten Wochen beginnen. Wir werden diese Integrationskurse in mehreren Orten des Vogtlandes anbieten, wir werden flexiblere Unterrichtszeiten anbieten und wir werden versuchen, verstärkt auf die unterschiedliche Vorbildung Rücksicht zu nehmen.

Ziel dieser Integrationskurse ist das sogenannte Sprachniveau B 1, welches, so auch die einhellige Meinung der Handwerkskammern und der IHK, Mindestvoraussetzung für eine Integration in den Arbeitsmarkt ist.

Abschließend möchte ich Ihnen noch ein paar aktuelle Zahlen mitteilen:

473 Personen sind momentan vollziehbar ausreisepflichtig, d. h., Ihnen stehen keine Rechtsmittel mehr zur Verfügung.

Nachdem es im ganzen vergangenen Jahr nur 5 Abschiebungen aus dem Vogtlandkreis gegeben hat, waren es in diesem Jahr bislang bereits 33.

Hinzu kommen 11 freiwillige Ausreisen. Die Besetzung der Stelle zur „freiwilligen Rückkehrberatung“ trägt also innerhalb kurzer Zeit erste Früchte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.